



Foto: Presidential Press Office

Nur scheinbar alles in Ordnung: Der türkische Präsident Erdogan (z.v. l.) auf dem Weg zur ersten Sitzung des neuen türkischen Parlaments am 23. Juni.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Zur Situation in der Türkei

Von Lale Akgün

Es herrscht Unruhe im Land. Nach den überraschenden Ergebnissen bei den türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 ist es nicht gelungen, eine regierungsfähige Koalition zu bilden. Und so fiel am 20. August die Entscheidung, bereits am 1. November Neuwahlen durchzuführen. Überraschend kommt diese Entscheidung nicht. Nach den abgebrochenen Koalitionsgesprächen sickerte sehr schnell durch, dass der Vorsitzende der AKP, Ahmet Davutoglu nie ernsthaft an einer Koalition interessiert war. Neuwahlen waren für ihn und seine Partei wohl die ganze Zeit die erste Option gewesen. Wie hatte es Präsident Erdogan aus seiner Sicht so „treffend“ formuliert? „Wir wollen der Nation die Gelegenheit geben, den Fehler vom 7. Juni zu ‚korrigieren‘.“ Ein Fehler? Mitnichten!

Für die demokratische Entwicklung des Landes war die Parlamentswahl ein großer Erfolg. Im letzten Moment zog die Bevölkerung die Notbremse gegen eine Diktatur, die die sunnitisch-konservative AKP im Gewande eines Präsidialsystems einführen wollte. Kandidat für den Posten eines allmächtigen Präsidenten: Recep Tayyip Erdogan, dem der Funktionsrahmen eines überparteilichen Präsidenten in einem parlamentarischen System zu eng geworden war. Nachdem er im August 2014 mit 52 Prozent der Stimmen zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei direkt zum Präsidenten gewählt worden war, sahen er und seine AKP dies als einen günstigen Ausgangspunkt, um die gesamte politische Konstellation der Türkei zu verändern. Erdogan selbst bezeichnete

seine Wahl zum Präsidenten als „einen Beginn, nicht einen Endpunkt“.

Doch das Wahlergebnis vom Juni und die neue Zusammensetzung des Parlaments erteilten diesen Plänen eine harsche Abfuhr. Auch wenn die AKP stärkste Kraft geblieben war, gegenüber den Präsidentschaftswahlen hatte sie über 10 Prozent der Stimmen eingebüßt. Die Sensation war das Ergebnis der prokurdischen HDP mit ihrem charismatischen Vorsitzenden Selahattin Demirtas: Sie hatte die 10-Prozent-Hürde geknackt. Dies war möglich geworden, weil nicht nur viele von der AKP enttäuschte Kurden, sondern auch zahlreiche intellektuelle Türken aus taktischen Gründen die HDP gewählt hatten. Sie wollten unbedingt verhindern, dass die AKP von dem türkischen Wahlsystem profitiert, das kleine Parteien benachteiligt. Hätte die HPD die 10-Prozent-Hürde nicht genommen, dann hätte die AKP als stärkste Partei fast 80 Sitze mehr bekommen. Die Rechnung der AKP-Gegner ging auf: im türkischen Parlament sind heute vier Parteien vertreten. Neben der AKP (40,87 %/258 Sitze) und der HDP (13,12 %/80 Sitze) die sozialdemokratische CHP (24,95 %/132 Sitze) und die nationalistische MHP (16,29 %/80 Sitze).

Der Widerstand wächst

Es mag für Außenstehende befremdlich erscheinen, dass dieses Wahlergebnis als ein Erfolg der Demokratie gefeiert wird. Wenn man allerdings weiß, wie das politische System in den letzten Jahren eine immer restriktivere Po-

litik – auch gegen den Rechtsstaat – durchgesetzt hat, dann kann man die Wahlen als ersten Schritt zu einer pluralistischen Gesellschaft interpretieren.

Das Aufbegehren gegen die Ungerechtigkeiten einer Politik, die ihre Anhänger füttert und ihre Gegner unterdrückt, begann mit den Gezi-Unruhen am 27. Mai 2013. Vordergründig ging es gegen das Abholzen eines kleinen Parks mitten in Istanbul, im Kern gegen die Etablierung einer islamisierten Einheitsgesellschaft. Der Geist von Gezi ist ein Zeichen des Wiedererwachens der türkischen Gesellschaft, die sich seit dem Militärputsch von 1980 den politisch Mächtigen untergeordnet hatte. Deswegen kann er als der Ausgangspunkt bezeichnet werden, aus dem sich die weitere politische Entwicklung in der Türkei speist.

Das harte Vorgehen gegen Journalisten, die kritisch über die Regierung berichteten und in Massen entlassen wurden, konnte den Widerstand nicht eindämmen, zumal die sozialen Medien an Bedeutung gewinnen, obwohl sie immer wieder willkürlich geschlossen werden. Sie ergänzen heute in der Türkei die kleinen kritischen Medien, da die großen Zeitungen und Fernsehstationen großen Unternehmen gehören, die durch regierungsfreundliche Berichterstattung ihre Pfründe auf anderen wirtschaftlichen Gebieten sichern.

Ein weiterer Meilenstein zur Infragestellung der Machtverhältnisse war die Veröffentlichung von Telefongesprächen von Erdogan und weiteren hohen Ministern seiner Regierung, die den Korruptionssumpf ans Tageslicht brachten. In

der Türkei wird Korruption als eine Tatsache hingenommen. Doch das, was da auf den veröffentlichten Tonbändern präsentiert wurde, überstieg auch die Phantasie der Wohlwollenden. Zumal die Regierung, mit Erdogan an der Spitze, nicht den Wahrheitsgehalt der Bänder infrage stellte, sondern sich auf die Gülen-Bewegung (benannt nach dem Islam-Prediger Fetullah Gülen) stürzte, die sie als die Verräterin im Verdacht hatte. Womit sie wahrscheinlich nicht so falsch lag, da viele der Staatsanwälte, die die Korruptionsaffäre enthüllten, der Gülen-Bewegung angehörten. Der Machtkampf zwischen Erdogan und Gülen ging zugunsten von Erdogan aus, der sich im darauffolgenden Wahlkampf über die Veröffentlichung seiner „Intimsphäre“ beklagte. Dass er nach diesem Skandal doch noch die Präsidentschaftswahl gewann, lag an dem schwachen Gegenkandidaten und dem ungeschickten Vorgehen der Oppositionsparteien.

Ein weiteres wichtiges Ereignis vor den Parlamentswahlen 2015 war die Eröffnung des neuen Präsidentenpalastes am 29. Oktober 2014 in Ankara, ein 1150 Zimmer großes Gebäude für fast eine halbe Milliarde Dollar – illegal in einem Naturschutzgebiet errichtet. Gerade in den Zeiten des wirtschaftlichen Engpasses, den die unteren Einkommensschichten besonders spüren, kam die Verschwendungssucht Erdogans und seiner Partei gar nicht gut an. Auch dies ein Grund, warum Einkommensschwache, eine wichtige Zielgruppe der AKP, nach Alternativen suchten.

Weitere Ursachen für das aktuelle Wahlergebnis waren:

- das neuerwachte Interesse der Jugend an Politik;
- die neue sozialdemokratische Strategie der CHP, die ihren Schwerpunkt von der Laizität auf die soziale Frage verschob und sich mit Arbeitsmarkt, Gesundheit und Bildung beschäftigt;
- eine neue Öffnungspolitik der Mitte-Links-Parteien: Zum ersten Mal kandidierten Angehörige von nationalen und sexuellen Minderheiten bewusst als Vertreter ihrer Gruppe, als ein gezieltes Gegenprogramm gegenüber den religiös-konservativen und nationalistischen Parteien. Ins Parlament haben es schließlich zwei Armenier und ein Roma geschafft.

Der Einfluss der Auslandswähler

Seit letztem Jahr dürfen türkische Staatsangehörige auch im Ausland an den Wahlen teil-

nehmen. Von dieser Möglichkeit haben bei den Parlamentswahlen rund die Hälfte der Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit und „Doppelstaater“ Gebrauch gemacht. Dabei entfielen in Deutschland 53 Prozent der Stimmen auf die AKP, 17 auf die HDP und 16 auf die CHP. Ein ähnliches Ergebnis ist auch in den weiteren EU-Ländern zu beobachten. Die Gründe liegen auf der Hand. Abgesehen davon, dass die meisten türkischen Migranten aus konservativen Schichten stammen, sind sie auch Zielgruppe der staatlich-türkischen Institutionen in Deutschland. Hier zeigt sich wieder, wie undemokratisch es ist, wenn in Staatsinstitutionen Parteipolitik gemacht wird. Die AKP ist in der EU nicht nur über ihre eigene Auslandsvertretung UETD, sondern auch über DITIB, die Auslandsvertretung des Amtes für Religiöse Angelegenheiten/DIYANET, bestens organisiert. Für die Wahlen wurden DITIB-Imame als Wahlvorstände in den Generalkonsulaten eingesetzt, ja es wurden sogar Imame aus der Türkei eingeflogen. Ein merkwürdiges Detail: die Wahlurnen wurden zunächst in die Türkei gebracht und die Stimmen erst dort ausgezählt.

Es sollte diskutiert werden, ob es sinnvoll ist, wenn Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in einem anderen Land haben, aktives und passives Wahlrecht in Anspruch nehmen und so die Entwicklungen in der Türkei mitgestalten. Alle Parteien haben auch Kandidaten aufgestellt, die aus Deutschland stammen, und haben so ihren Wahlkampf in Deutschland und den anderen EU-Ländern verstärkt. Eine Antwort auf die Frage, welche Unterstützung sie den Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben, als Vertreter des türkischen Parlamentes bieten können, blieben sie schuldig.

Mehr Demokratie wagen – für die Türkei eine Illusion?

Die Wahl am 7. Juni hatte nicht nur das Präsidialsystem ausgebremst, sondern auch die Syrienpolitik der AKP, die dabei war, die Türkei in den Bürgerkrieg im Nachbarland hineinzulösen. Doch jetzt ist es vorbei mit dem ‚Frieden‘, und zwar an mehreren Fronten. Viele Analysten deuten die momentanen Unruhen in der Türkei als Vorhut der Neuwahl. Chaos und Angst sollen die Menschen dazu bringen, mit ihrer Stimme das Präsidialsystem zu legitimieren.

Dazu gibt es folgende Überlegungen: Sollen die blutigen Anschläge des „IS“ als Ergebnis eines politischen Vakuums umgedeutet werden? Soll mit der Aufkündigung des Waffenstillstandes mit der PKK und dem Wiederauff-

lammen der blutigen Kämpfe die HDP in die Nähe von Terroristen gerückt werden, um sie vor der Wahl unter die 10-Prozent-Hürde zu drücken? Ja mehr noch: Sollen die Unruhen dazu führen, dass die Regierung zu der Auffassung gelangt, dass ordentliche Wahlen vor Ort nicht durchführbar sind und somit eine Idee des Präsidenten Erdogan umgesetzt werden kann, die er schon vor einigen Wochen geäußert hat: die Verlegung der Wahlen für die Bürger bestimmter Provinzen. Nach Erdogans Einschätzung ist das gute Wahlergebnis der HDP in den überwiegend kurdisch besiedelten Provinzen auf Zwang zurückzuführen. Um bei der nächsten Wahl dagegen gewappnet zu sein, will er die Menschen zur Stimmabgabe mit Bussen in den Westen transportieren lassen. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Die Türkei ist auch 92 Jahre nach Gründung der Republik noch keine gefestigte Demokratie. Voraussetzungen für die Entwicklung einer liberalen Demokratie sind:

- eine unabhängige Justiz
- eine unabhängige und freie Presse
- die Freiheit des Forschens und Lehrens
- die unbedingte Gleichheit von Mann und Frau
- ein Rechtsstaat, in dem alle Bürger gleich sind.

Sollte die Wahl am 1. November im Ergebnis so ausfallen wie am 7. Juni, könnte ein Prozess einsetzen, der die Defizite auf diesen Feldern abbaut. Es sei denn, Präsident Erdogan ist mit dem Ergebnis nicht zufrieden und will ein drittes Mal wählen lassen. Das wäre dann der Zeitpunkt, Brecht zu zitieren: „Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“



Foto: Volker Glasow

Dr. Lale Akgün war von 2002 bis 2009 Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Sie war Leiterin des NRW-Landeszentrums für Zuwanderung, Gruppenleiterin für „Internationale Angelegenheiten und Eine-Welt-Politik“ in der Staatskanzlei NRW und publiziert Artikel und Bücher zu den Themen Migration, Integration und Islam. Seit 2013 leitet Lale Akgün das von unserer Stiftung geförderte Landesprojekt „newtrade nrw“ zu nachhaltiger Beschaffung.